



## Niederschrift

49. Sitzung Hauptausschuss  
5. März 2024, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Punkt 2 der Tagesordnung: Ausweitung der Sperrbezirke

Antrag: SPD

Vorlage: 2024/0003

## Punkt 2.1 der Tagesordnung: Ausweitung der Sperrbezirke

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2024/0003/1

## Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 2 und 2.1 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Melchien (SPD)** erklärt, dass sie der Verwaltung für die angekündigten Verbesserungen dankt, sie sich jedoch weiter eine Ausweitung der Sperrbezirke wünsche. Sie führt aus, dass Befragungen zur Dokumentation durchgeführt werden könnten, die dann wiederum als Begründung beim Regierungspräsidium eingereicht und zu einer neuen Bewertung der Lage führen könnten.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** zeigt sich einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung und merkt an, dass die Diskussion zu Lasten der Frauen gehe, die dort einer legalen Tätigkeit nachgehen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU)** erläutert, dass es darum gehe, Sachverhalte in Erfahrung zu bringen und zu dokumentieren, die dann beim Regierungspräsidium eingereicht werden können damit eine Anpassung des Sperrbezirks geprüft werden könne.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** spricht sich ebenfalls dafür aus, nochmals beim Regierungspräsidium vorstellig zu werden.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR)** gibt zu bedenken, dass sich Prostitution möglicherweise in Dunkelbereiche verlagern könnte, wenn sich Sperrbezirke erweitern.

**Der Vorsitzende** führt aus, dass die Sperrbezirksverordnung seiner Zeit damit begründet worden sei, dass es in der Stadt keinen Bezirk gebe, an denen nicht Kinder und Jugendliche geschützt werden müssen und deshalb die Reduzierung der Uhrzeit von Straßenprostitution von 22 bis 6 Uhr notwendig sei. Nun darzustellen, dass in Killisfeld für Kinder, Jugendliche und religiöse tätige Menschen der Aufenthalt ab 22 Uhr wegen der Straßenprostitution gefährdet sei, halte er für schwierig, da an einer Grundsatzentscheidung gerührt werde.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** wünscht sich, dass in der Stellungnahme etwas konkreter auf die Anliegen eingegangen werde.

**Stadtrat Schnell (AfD)** teilt mit, dass er der Stellungnahme folgen könne und die gestellten Anträge für ihn einfach nur Wahlkampf darstellen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Situation innerhalb des nächsten halben Jahres zu beobachten und dann die Gesamteinschätzung zu überprüfen. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fest, dass die Anträge in den Gemeinderat verwiesen sind.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
14. März 2024